

# WikiLeaks und die Macht der Staatsräson

Gerd Weidenhausen

Für den »Medienphilosophen« Vilem Flusser heißt »politisieren« publizieren. Dabei wird der öffentliche aus dem »privaten Raum« heraus mit Meinungen, Informationen und Diskursen versorgt.<sup>1</sup> Dieser Akt der Veröffentlichung erst schafft »Gesellschaft« als aktiven Prozess des Meinungsaustauschs, der Informationsverbreitung und der öffentlichen Debatten, und ist im Selbstverständnis von Demokratien das Non-plus-ultra freier Gesellschaften. Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit gelten sowohl in den demokratischen Verfassungen als auch in der UN-Deklaration der Menschenrechte als Grund- und Menschenrecht und stellen somit die verfassungsrechtlichen Geschäftsbedingungen eines demokratischen Medienwesens dar.

Die aufgeregte Debatte um WikiLeaks und die Versuche der Kriminalisierung des WikiLeaks-Gründers Julian Assange durch die sich von ihm herausgefordert fühlende, einzig verbliebene Weltmacht können deutlich machen, wie hoch der Wert der Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit gerade in Zeiten ihrer Gefährdung zu veranschlagen ist. Andererseits stellt sich angesichts der gelegentlich hysterischen Reaktionen die Frage nach der Besonderheit und dem »Gefahrenpotenzial« von WikiLeaks, das weniger in den Inhalten der veröffentlichten Informationen als in der Veröffentlichungspraxis zu suchen sein wird. WikiLeaks propagiert eine neue Art des Journalismus – von Julian Assange »wissenschaftlicher Journalismus« genannt – der sich inzwischen neben dem konventionellen, »professionellen« Journalismus etabliert hat und gewisse Grenzen der konventionellen Veröffentlichungspraxis nicht mehr zu akzeptieren scheint.

De facto besteht die demokratische Öffentlichkeit – neben der unveröffentlichten Meinungs-

vielfalt verschiedenster Privatpersonen – aus der Arbeit des Berufsstands der Journalisten, die in ihrem Selbstverständnis eine Vermittlungsleistung zwischen den Interessengegensätzen des politischen Führungspersonals und des Volkes zu erbringen haben. Dabei besteht die »professionelle« Vermittlungsleistung des Journalismus in der Erfüllung des Informationsanspruchs der Bürger, die über die Anliegen, Absichten und Taten ihrer Regierung in Kenntnis gesetzt werden wollen. Dieser Informationsanspruch kann nun vom professionellen Journalismus im Sinne einer unverblümt staatstragenden und regierungsfreundlichen oder im Geiste einer kritischen oder gar investigativen Veranstaltung eingelöst werden. Während erstere staatliche Maßnahmen und wirtschaftspolitische Zumutungen grundlegend abnickt und mit Appellen an »unvermeidliche Sachzwänge«, das »nationale Interesse«, allgemeine »Sicherheitserfordernisse« – und wie die Dinge alle heißen mögen – dem Bürger als zumutbar zu vermitteln bemüht ist, erlaubt sich der kritische Journalismus ein paar Nachfragen, ermittelt eventuell auch bisher unbekannte oder unterdrückte Fakten und kommt dabei vielleicht auch Skandalen auf die Spur. Diese sind aber – wie der Name schon sagt – nicht systemimmanent zu verorten; sie sind also nicht zwangsläufiger Ausfluss eines vielleicht total reformbedürftigen Systems, sondern Verhaltensabweichungen einzelner Personen, die mit unlauteren oder auch kriminellen Mitteln Sonderinteressen verfolgen, die der Demokratie und der Freien Marktwirtschaft letztlich schaden. So gesehen weiß sich auch der kritische und investigative Journalismus dem Funkzionieren der Demokratie verpflichtet, indem er Mängel des Regierens aufdeckt, dabei aber nicht den Gesamtrahmen, kraft dessen er selbst seine

Funktion und Daseinsberechtigung als kritisch-moralische Regulierungsinstanz des von den demokratischen Normen abweichenden Verhaltens erhält, in Frage stellt.

Auch der kritische Journalismus – zumindest in der Masse – respektiert die Grenzen der Meinungsfreiheit, die da enden, wo das »nationale Interesse« beginnt und seine Rechte einfordert, wo es um das große Ganze geht: nämlich um die Positionierung der eigenen Nation in der internationalen Politik und deren Hackordnung, die unter anderem durch die etwas trüben und der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Mittel der Geheimdiplomatie aufrecht erhalten wird. Dieser Standpunkt des unantastbaren nationalen Interesses, bei dem es ums Ganze und die höheren Belange der Nation, denen sich die diversen Sonderinteressen unterzuordnen haben, geht, ist sowohl dem Hof- als auch dem liberal-kritischen Journalismus – trotz aller sonst vorhandenen Unterschiede – gemeinsam.

Genau diesen Standpunkt nationaler Interessiertheit teilt die WikiLeaks-Gemeinde um ihren schon jetzt zur Legende gewordenen Gründer Julian Assange nicht. Da nach Julian Assanges Selbstverständnis als Informationsbeschaffer die rücksichtslose Enthüllung auch unter staatlicher Geheimhaltung stehenden Informationsmaterials über allen staatlichen Bedenken rangiert, leugnet er die klassische Vermittlungsrolle des Journalismus, die letztlich auf eine Versöhnung von Regierungs- und Volkswillen hinaus will. Das unbegrenzte Recht auf jede Information für jeden ist Julian Assange sakrosankt. Die Staatsräson kann da nicht berücksichtigt werden und wenn, dann nur als Hindernis jenes Rechts auf bedingungslose Informiertheit.

### Das »Weltbild« von WikiLeaks

Während also auch der kritische Journalismus die gegebenen systemischen Rahmenbedingungen akzeptiert und bei aller Pflicht zur Information sich in der Anerkennung der Staatsräson selbst Grenzen der Veröffentlichung auferlegt, misstrauen die WikiLeaks-Mitarbeiter den Aussagen der Vertreter von Staat, Militär und Wirtschaft grundsätzlich und sehen von

daher keine Notwendigkeit zur journalistischen Selbstbeschränkung. Wenn der kritisch-liberale Journalismus »Systemdefekte« auf eine fehlerhafte und pannenreiche Politik oder auch auf Verfehlungen einzelner Funktionsträger zurückführt, so wittert WikiLeaks in diesen Systemdefekten gleich eine Art Systemeigenschaft. Das tut Wikileaks, weil es unterstellt, dass Politik im Wesentlichen jenseits öffentlicher Kontrolle und Wahrnehmung stattfindet, also als dem Licht der Öffentlichkeit entzogene Machenschaft funktioniert. Nicht von ungefähr stellte Julian Assange seinem berühmt gewordenen Hubschrauber-Video »Collateral Murder« aus Bagdad – das zeigt, wie aus einem US-Helikopter irakische Zivilisten niedergemäht werden – folgendes Zitat von George Orwell voran: »Politische Sprache ist dazu geschaffen, Lügen wahrhaftig und Mord respektabel klingen zu lassen und dem bloßen Wind einen Anschein von Festigkeit zu verleihen.«<sup>2</sup>

Die ganzen Aufregungen, die sich um die Enthüllungen von WikiLeaks rankten – dem Hubschrauber Video »Collateral Murder«, den Afghanistan- und Irakberichten und den Botschaftsdepeschen – scheinen aber genauer besehen weniger den Inhalten zu gelten, die so unbekannt und enthüllend auch nicht sind, als dem Umstand, dass sich zum einen Julian Assange keine Beschränkungen im Sinne eines vorausseilenden Gehorsams auferlegt und er zum anderen einem »Weltbild« huldigt, das, weil es den Verdacht zum methodischen Prinzip erhebt, an einer journalistischen Vermittlungsfunktion wenig Interesse zeigt. In diesem Zusammenhang ist die Einschätzung von Raffi Khatchadourian aus dem unverzichtbaren Standardwerk *WikiLeaks und die Folgen* von Interesse: »Als eifriger Leser Kafkas, Koestlers und Solschenizyns glaubt er (Julian Assange, der Verf.), Wahrheit, Kreativität, Liebe und Mitgefühl würden durch institutionelle Hierarchien und »Patronagenetzwerke« – eines seiner Lieblingswörter – korrumpiert, die den menschlichen Geist deformieren. Er entwarf eine Art Manifest mit dem Titel *Conspiracy as Governance* ... Darin heißt es, illegitimes Regieren sei per definitionem konspirativ – das Produkt von Funktionären in »verschwö-

rischer Geheimhaltung, die zum Nachteil der Bevölkerung arbeiten.«<sup>3</sup> Dieses fundamentale Misstrauen gegen institutionelle Hierarchien, Patronagenetzwerke und die Funktionsträger welcher Macht auch immer korrespondiert mit einer Medienschelte Julian Assanges, gemäß der »journalistische Prozesse« einem »Feigling« gleichen, »der sich bei offiziellen Quellen einschleimt«; ein Vorwurf, durch den sich Assange bei Journalisten gewiss nicht nur Freunde gemacht hat.

### *Eine Weltmacht fühlt sich herausgefordert*

Dass der WikiLeaks-Gründer aber in den USA zum Staatsfeind avancierte, obgleich laut eigenem Bekunden aus dem Jahr 2006 WikiLeaks »Hauptangriffsziele ... die äußerst repressiven Regimes in China, Russland und Zentralasien«<sup>4</sup> sind und die Veröffentlichung der US-Diplomaten-Depeschen diesen – vergewissert man sich ihres Inhalts – eher nützen als schaden dürften, erscheint auf den ersten Blick rätselhaft. Doch mit dem Akt der Veröffentlichung von Geheimdokumenten konterkarierte WikiLeaks die Informations- und Deutungshoheit der USA aus mehreren Gründen, auf die noch zurückzukommen sein wird. Amerikanische Menschenleben wurden durch die veröffentlichten Depeschen nachweislich nie gefährdet, was US-Vertreter immer wieder suggerieren wollten. Fokussierte WikiLeaks bei seinen Veröffentlichungen vorwiegend auf die Praktiken arabischer Potentaten, auf europäische Eifersüchteleien, russische und chinesische Machenschaften und einige, meist zutreffende süffisante Beobachtungen des amerikanischen Diplomatenpersonals über die politische Klasse des Rests der Welt, so könnte es sich in den bunten Reigen der veröffentlichten Meinungsvielfalt eingereiht und als anerkannter Teil der demokratischen Öffentlichkeit akzeptiert wissen, auch vom mächtigsten Statthalter des Rechts auf freie Meinungsäußerung in der Welt. Doch dabei beließ es WikiLeaks nicht. Was nun ist an WikiLeaks so zum Problem geworden, dass es nicht nur in den rechtspopulistischen Medien wie »Fox News« und »Washington Times« jene Hetzkampagne evo-

zierte, von denen der *Spiegel* meinte, dass sie »weniger an den Diskurs in einer Demokratie als an eine Drohkulisse in einem autoritären Staat erinnerte – beispielsweise an die Ausfälle des chinesischen Regimes gegen Friedensnobelpreisträger Lin Xiaobe, die etwa zur gleichen Zeit ertönten«?<sup>5</sup> Was ist an WikiLeaks so gefährlich, dass man in den USA fieberhaft daran arbeitet, Julian Assange wegen Hochverrats gerichtlich belangen zu können, einmal abgesehen von den Forderungen einiger republikanischer Abgeordneter nach physischer Beseitigung des Missetäters? Es scheint, dass weniger der veröffentlichte Inhalt der US-Depeschen für die Hetzjagd auf Julian Assange verantwortlich zu machen ist als die Tatsache, dass direktes Quellenmaterial aus dem Innern der Funktionskreise der politischen Macht veröffentlicht wurde, ohne dass vorher der Segen jener Macht eingeholt worden wäre, die über die Meinungs- und Deutungshoheit über die Ereignisse in der Welt verfügt.

### *Die Macht des Quellenmaterials und die Grenzen der »konspirativen Methode«*

Da Quellenmaterial Tatsachenmaterial ist, indem es von einem »tatsächlich Geschehenen« zeugt, also Wirklichkeit bezeugt und aus Fakten besteht, »die in Dokumenten festgehalten sind – in Originaldokumenten«, liegt in der »Authentizität ... dabei der große Vorteil gegenüber journalistisch aufbereitetem Material, das immer eine Ableitung des Geschehenen sein muss: berichten von, berichten über.«<sup>6</sup> Diese Art der Informationsbeschaffung- und Veröffentlichung unterscheidet WikiLeaks von den Berichterstattungen des klassischen Journalismus, der Spielraum für Umdeutungen und Anzweiflungen des Wirklichkeitsgehalts zulässt, die bei der Vorlage und Darbietung von Quellenmaterial in Gestalt von Originaldokumenten nicht mehr möglich sind. Eine in dieser Form »enthüllte« Staatsmacht kann Originaldokumente weder wegleugnen noch weg- und uminterpretieren. Auch lassen Originaldokumente keinen meinungsbildenden Spielraum für die oben genannten Vermittlungsbemühungen journalistischer Art zu. Eine Staatsräsion lässt sich als politische Ver-

nunft im Sinne der Vermittlungsbemühungen des meinungsbildenden Journalismus angesichts vorliegender »enthüllender« Originaldokumente schwerlich noch »vermitteln« bzw. konstruieren. Diese Art Vernunft verblasst vor der Macht der mit den Originaldokumenten belegten Tatsacheninformation.

Schon Hannah Arendt verwies darauf, dass »keine Vernunftwahrheit es mit der Tatsachenwahrheit an Gefährdung aufnehmen kann.« Und sie betonte, was vielleicht die Brisanz der Veröffentlichungspraxis von WikiLeaks und das damit verbundene Aufklärungspotenzial verständlicher werden lässt: »Und da ja Tatsachen und Ereignisse, die unweigerlichen Ergebnisse menschlichen Zusammenlebens- und Handelns, die eigentliche Beschaffenheit des Politischen ausmachen, müssen wir in diesem Zusammenhang an Tatsachenwahrheiten primär interessiert sein ... Um die Chancen der Tatsachenwahrheit, dem Angriff der politischen Macht zu widerstehen, ist es offenbar sehr schlecht bestellt.«<sup>7</sup> Vielleicht beginnt sich das mit Julian Assanges »wissenschaftlichem Journalismus« und dem neuen Standard der Veröffentlichungspraxis von Originaldokumenten zu verändern. Zumindest erklärt diese Praxis die Nervosität allerjenigen, die – ob als Vertreter der hohen Politik oder des konventionellen Journalismus – um ihre Deutungs- und Informationshoheit bangen. Mit WikiLeaks verlagert sich die Deutungs- und Informationshoheit weg von jenen Berufsständen, die per definitionem als Funktionsträger der sie erhaltenden Macht fungieren. Hier liegt eine Chance zu mehr Aufklärung. Andererseits ist es aber genau jene »konspirative Methode« von WikiLeaks selbst, die aller Aufklärung im Sinne allgemeiner Transparenz zuwiderläuft, auch wenn sie sich als praktisch unumgänglich zur Informationsbeschaffung begründet. Jene »konspirative Methode« trifft auf ein Imperium bzw. auf staatliche Souveräne, die diese aus Staatsräson als Monopol für sich reklamieren und daher aggressiv und für Beobachter auffällig demokratiefiern reagieren lassen, was WikiLeaks wiederum zur Hybris verleitet, im Kampf gegen die »unguten« Hierarchien und Patronagenetzwerke eine echte Herausforderung

darzustellen und einer endlosen Verschwörung gegenüberzustehen. Einzig richtig daran ist, dass die einzig verbliebene Weltmacht auf die Veröffentlichungen von WikiLeaks zum Teil so reagierte, dass – einschließlich der gegen Assange erhobenen Vergewaltigungsvorwürfe zur »rechten Zeit« – es scheinen konnte, als liefere man dem Angeklagten bereitwillig »Material« zur Bestätigung seiner Auffassung der »Conspiracy as Governance«, ihn so in diesem Glauben bestärkend. Die zirkuläre Logik, die daraus folgt und die Kontrahenten in eine endlose Verstrickung von Hypothesen und Verdächtigungen führt, ist unschwer absehbar. Sie ist wenig hilfreich und könnte sich gerade für WikiLeaks als Falle erweisen.

Die Grenzen des konspirativen Weltbildes hat der slowenische Philosoph Slavoj Žižek in folgenden Sätzen klar aufgezeigt: »Wichtiger ist die konspirative Methode von WikiLeaks: Eine »gute« Geheimorganisation (WikiLeaks) greift eine »böse« an (das Auswärtige Amt der USA). Man nagelt den Feind in Gestalt von (ein paar) US-Dokumenten fest, die die Wahrheit verheimlichen, die Öffentlichkeit manipulieren ... Aus einer solchen Sicht wird die »Macht« mit den bösen Jungs da oben gleichgesetzt, die lügen und die Gesellschaft täuschen. Man begreift also Macht nicht als etwas, das den ganzen Gesellschaftskörper erfasst, ihn von oben nach unten durchzieht, bestimmt, wie wir funktionieren, konsumieren und denken.«<sup>8</sup> Solange im Weltbild der WikiLeaks-Betreiber dieser naive Realismus dominiert, könnte es zum Teil eines »Spiels« bzw. einer Systemlogik werden, indem es eine Rolle spielt, von der es nicht weiß, dass es sie spielt. Damit liefe WikiLeaks aber auch Gefahr, »sich in der eigenen Verschwörung zu verstricken« und – wie Slavoj Žižek fortfährt – selbst zum Spekulationsobjekt von Theorien zu werden, die danach fragen, »wer denn hinter WikiLeaks steckt.«<sup>9</sup>

1 Siehe Vilem Flusser: *Medienkultur*, Frankfurt am Main 1997.

2 Zitiert bei Raffi Khatchadourian: *Keine Geheimnisse. Julian Assanges Mission der totalen Transparenz. Porträt eines Getriebenen*, in: *WikiLeaks und die Folgen*, Berlin 2011, S. 24.

3 Ebd., S. 36.

4 Ebd., S. 41.

5 *Der Spiegel: Der etwas andere Krieg*, Nr. 50/2010,

S. 88.

6 Mercedes Bunz: *Das offene Geheimnis. Zur Politik der Wahrheit im Datenjournalismus*, in: *WikiLeaks und die Folgen*, a.a.O., S. 144.

7 Hannah Arendt: *Denken ohne Geländer*, München 2008, S. 120f.

8 Slavoj Žižek: *WikiLeaks*, in: *Lettre International*, Nr. 92, Frühjahr 2011, S. 60.

9 Ebd., S. 60.



Peter Selg

## Die Grundstein-Meditation Rudolf Steiners und die Zerstörungen des 20. Jahrhunderts

120 Seiten, 8 Abb., Leinen mit SU

Euro 24,- / CHF 36,- / ISBN 978-3-905919-31-8

Kurz nach Rudolf Steiners 150. Geburtstag, nach einer Welle fragwürdiger Medienberichte und Biographien über das «bunte Genie», den «interessanten», an vielen Orten aber mit Hohn und Spott bedachten Gründer der Anthroposophie, erweckte die Weltöffentlichkeit durch die Ereignisse von Japan einmal mehr für den Katastrophencharakter der gegenwärtigen

Zivilisation. In seiner Studie zur Grundstein-Meditation thematisiert Peter Selg die Bezüge, die zwischen Rudolf Steiners mantrischen Grundstein-Worten und der Zeitsituation bestehen. Er beschreibt sie als eine zentrale Hilfe für das menschliche Überleben in schwierigen Zeiten, für das Aufrichten des Ichs im eigenen Dasein und im Leben des Anderen, und damit als ein menschheitliches Gut von großer Relevanz.

Verlag des Ita Wegman Instituts